

# Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.  
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.  
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag  
J. M. Beck'sche Buchdruckerei  
Otto Beck.

Inserate: Kleine Zeitzeile 20 Pf.  
Fernruf: Nr. 20.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 262.

Donnerstag, den 7. November 1918.

75. Jahrgang.

## Die Pulverkiste.

Sie waren zwar nur mit Druckpapier angefüllt, die Kisten, die der Kurier des Herrn Joffe von Moskau nach Berlin mitbrachte, aber ihre vorzeitige Öffnung auf dem Bahnhof Friedrichstraße, die wir einem glücklichen Zufall verdanken, hat doch gewirkt wie die Explosion einer Pulverkiste: ungefüllt ist Herr Joffe, der diplomatische Vertreter der Sowjetrepublik beim deutschen Reich, mit samt seiner ganzen Gefandtschaft in die Luft geflogen — bildlich natürlich nur, indem die unentwegt höfliche und wohlgesittete deutsche Regierung ihn freundlichst erludt hat, sich zunächst einmal in seine Heimat zurückzugeben. Die unvermeidliche Frage wurde mit einer in der jetzigen Zeit ganz ungewöhnlichen Schnelligkeit erledigt, auch der Sonderzug, auf den ein so hervorragender Mann zweifellos Anspruch erheben darf, ist binnen 24 Stunden zur Verfügung gestellt worden — kurz, das Scheiden von Berlin ist ebenso rasch wie schmerzlos vor sich gegangen, und die stattlichen Räume der russischen Botschaft unter den Linden liegen wieder verlassen da, die rote Fahne, die ein halbes Jahr wohl über dem vornehmen Gebäude geweht, verschwindet, und ein Herz des Volkswillens, ein Mittel- und Sammelpunkt dreier revolutionärer Propaganda in Deutschland wird ausgeräumt, nachdem von ihm ganz unübersehbarer Schaden ausgegangen ist. Auch wir ziehen unsere Vertreter in Russland, soweit solche dort noch vorhanden sind, bis auf weiteres zurück, solange nämlich, bis die Moskauer Regierung Bürgschaften dafür gegeben hat, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und daß der noch immer ungefüllte Nord an dem Gesandten Grafen Mirbach ausreichende Sühne findet. Bis dahin wird man sich ohne sogenannte „Beziehungen“ zu einem Staatswesen behelfen müssen, das offenbar selbst gar keinen Wert darauf legt, in der Reihe der zivilisierten Nationen zu marschieren.

Es galt, eine alte und von Monat zu Monat mehr angeschwollene Rechnung mit der Sowjetrepublik zu begleichen. Wir haben mit ihr Frieden geschlossen, weil sie den ehrlichen Willen zu haben schien, den Krieg zu beenden und dem entsetzlich gefolterten russischen Volke Ruhe zu verschaffen; und gegen ihren revolutionären Begleitungsbesitzer suchten wir dadurch Vorsorge zu treffen, daß wir ihr im Breiter Vertrag bestimmte Verpflichtungen auferlegten, die unser Meer und unsere Grenzen vor bolschewistischer Bearbeitung in Wort und Schrift sichern sollten, wenigstens soweit sie in amtlicher Ausmachung auftrat und mit amtlichen Mitteln betrieben werden sollte. Raum hatten aber Lenin und seine Leute sich einigermassen fest in den Sattel gesetzt, als sie gerade gegen Deutschland ihre gefährlichsten Papierballen zu schleudern begannen. Wie krampelos sie dabei verfahren, zeigt eine Mitteilung aus Moskau in der offiziellen Zeitung der Moskauer Regierung, wonach ein vom Kriegrevolutionärsrat der deutschen Armee herausgegebenes Blatt, betitelt „Der rote Soldat“, in seiner ersten Nummer nimmere vorliegt. Darin wurden die Soldaten zur sozialen Revolution und zur Bildung einer kommunistischen Partei an Stelle der überlebten Sozialdemokratie aufgefordert — während in Wahrheit diese Zeitung in Russland von amtlicher bolschewistischer Seite als Propagandaorgan gedruckt und über die Grenze geschmuggelt wurde. Bei der Armee besteht weder eine solche Zeitung noch ein Kriegrevolutionärsrat; ihr gesunder Geist wird sich gegen dieses agitatorische, immerlich durcheinander kreisende verblendete Fanatiker sicherlich mit Erfolg zur Wehr setzen. Mit Recht wird aber dieser neue Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda im Interesse der Aufklärung unserer Bevölkerung von der deutschen Regierung festgehalten und als besonders dreist öffentlich gedramatisiert. Unzweifelhaft ist er nur einer von vielen. Und daß Herr Joffe den Moskauer Instanzen als De-Adresse für ihre dunklen Mächenschaften dienete, das war in eingeweihten Kreisen längst bekannt; ein glücklicher Zufall erst hat auch unserer Regierung die unumgänglichen Beweise dafür in die Hand spielen müssen, wie dieser russische Staatsmann seine bevorzugte Stellung mißbrauchte — oder doch zum mindesten mißbrauchen ließ. Wenn sie argwöhnischer wäre, so hätte sie schon längst aus gewissen Anzeichen auf den wahren Stand der Dinge geschlossen. So daraus, daß Herr Joffe gerade die Führer der Spartakusgruppe, insbesondere den Landtagsabgeordneten Dr. Mehring, zu seinem bevorzugten Umgang zählte, daß er diese Radikalführer immer wieder, wenn sie vor der Öffentlichkeit irgendein Spektakelstück aufzuführen beliebten, vor die russische Botschaft zog, und daß Herr Liebknecht offensichtlich zu ihr seine „Beziehungen“ unterhielt, über deren Charakter nicht der mindeste Zweifel obwalten konnte. Die zunehmende Überschwemmung Deutschlands mit blutdürstigen Flugblättern, die ja auch allmählich ihre Wirkung zu üben begannen, mußte gleichfalls den Verdacht der Untersuchungsbehörden nach ganz bestimmten Richtungen hin lenken — in dessen es blieb, wie gesagt, einem Zufall vorbehalten, diesen ganzen mit Händen zu greifenden Skandal für die Regierung spruchreif zu machen. Nun hat sie mit diesem Griff zugepackt — und das deutsche Volk kann sagen, daß es um eine traurige Erfahrung reicher geworden ist.

Unsere „Unabhängigen“ und ihre noch weiter links stehenden Genossen werden ein gewaltiges Lärmen erheben; wir kennen das ja schon zur Genüge. Aber das deutsche Volk und seine neue Regierung wird sich diesmal hoffentlich nicht wieder ins Boddenhorn jagen lassen. Dazu ist unsere Lage zu ernst, nach außen sowohl wie im Innern.

## Joffes Abschied.

Wie ein Berliner Blatt erzählt, hat der russische Vertreter, der am Mittwoch früh 8 Uhr Berlin verlassen hat, in der vorhergehenden Nacht eine längere Unterredung mit dem Reichstags-Abgeordneten Coblenz-Nordhausen (Unab. Sos.) gehabt. Vor seiner Abreise hat Herr Joffe dem Abgeordneten ein großes, Geld enthaltendes Paket übergeben. — Zugleich mit Herrn Joffe ist auch das Berliner Bureau der russischen Telegraphen-Agentur abgereist. Der Attaché Graf Saurma begleitete den Sonderzug bis zur Grenze.

## Die Antwort an Deutschland.

Abreise der deutschen Waffenstillstandsdelegation  
Berlin, 6. November.

Die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung an den Präsidenten Wilson ist heute hier eingetroffen. Sie enthält die Stellungnahme der verbündeten Mächte zu Wilsons Friedensprogramm, behandelt Ansprüche der Gegner auf Schadenersatz und stellt der deutschen Regierung anheim, mit dem Marschall Foch in Verbindung zu treten.

Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstands und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

## Die deutsche Delegation.

Der deutschen Delegation zum Abschluß des Waffenstillstands und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen, die heute nachmittag von Berlin abgereist ist, gehören an: Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorff, der deutsche Gesandte in Kopenhagen Graf Rangau, General v. Winterfeldt, General v. Gündell und Kapitän Wanseloe.

## Der Wortlaut der Note.

Wilson's 14 Punkte. — Gegen die Freiheit der Meere.

Wie das Saager „Holländische Bureau“ aus Washington meldet, hat Staatssekretär Lansing am 5. d. Mts. durch Vermittlung des schweizerischen Geschäftsträgers der deutschen Regierung folgende Mitteilung zukommen lassen: In meiner Note vom 22. Oktober habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel mit der deutschen Regierung den Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, übermittelt hat. Es wurde ihnen anheimgegeben, falls die Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundbedingungen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und diejenigen der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbündeten Regierungen die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstands zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt. Der Präsident hat nun ein Memorandum erhalten, in welchem die verbündeten Regierungen zu seinem Notenwechsel Stellung nehmen und das etwa folgendermaßen lautet:

Die verbündeten Regierungen haben sich sorgfältig mit dem Notenwechsel, der zwischen dem Präsidenten und der deutschen Regierung erfolgt ist, beschäftigt. Sie erklären nach den ihnen gewordenen Mitteilungen ihre Bereitwilligkeit, auf Grund der Bedingungen, die der Präsident in seiner Ansprache an den Kongress vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat, und auf Grund der Prinzipien, die in seinen folgenden Vorschlägen zum Ausdruck kamen, mit der deutschen Regierung Frieden zu schließen. Die verbündeten Regierungen weisen darauf hin, daß Punkt 2, der sich auf die Freiheit der Meere bezieht, verschiedener Auslegungen fähig ist, wie sie die verbündeten Regierungen nicht annehmen können. Sie müssen sich daher in dieser Hinsicht jegliche Freiheit vorbehalten, wenn sie auf der Friedenskonferenz erscheinen.

Ferner hat der Präsident bei Aufzählung der Friedensbedingungen im Januar erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß es überhaupt keinem Zweifel unterliegen darf, was diese Maßnahme in sich schließt. Sie verstehen sie dahin, daß Deutschland für jeglichen Schaden, welcher der Zivilbevölkerung der verbündeten Regierungen und ihrem Besitz durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügt worden ist, Entschädigungen leisten muß.

Dann heißt es in der Lansing'schen Note weiter: Ich bin vom Präsidenten beauftragt, mitzuteilen, daß er sich in Übereinstimmung mit der im letzten Paragraphen des Memorandums gelegenen Auslegung des oben angeführten Punktes befindet.

Ferner habe ich vom Präsidenten den Auftrag, Sie zu bitten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und von den Regierungen der verbündeten Mächte offiziell den Auftrag erhalten hat, genügend beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

Was in der neuen Note Wilsons mitgeteilt wird, sind also gewissermaßen die Vorbedingungen für die Waffenstillstandsverhandlungen. Die eigentlichen Bedingungen des Verbandes, die er zum Abschluß des Waffenstillstands und zur Einleitung von Friedensverhandlungen erfüllt werden will, wird unsere Delegation erst durch Marschall Foch, der im Auftrage aller Verbündeten unterhandelt, erfahren.

## Eine Mahnung des Reichskanzlers.

Berlin, 6. Nov. (Amtlich.) Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

„Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten die 14 Punkte, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar ds. Js. zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marschall Foch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für die Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstands und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und disziplineloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur die unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes die großen Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen. Die Aufrechterhaltung der bisher bewährten Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungssunde die unerlässliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.

Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Der Reichskanzler: Max. Prinz von Baden.

## Deutschland und Polen.

Um die Übergabe der Verwaltung.

Berlin, 6. November.

Zwischen der polnischen und der deutschen Regierung hat in den letzten Tagen ein Meinungsaustrausch über die Übergabe der Verwaltung in polnische Hände stattgefunden. Zugleich wurde das künftige wirtschaftliche Verhältnis beider Staaten eingehend erörtert.

Die polnische Regierung hat dabei, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, fast in Form eines Ultimatus gefordert, daß die Überweisung der gesamten Verwaltung an polnische Hände bis zum 15. November erfolge. Dagegen wurde verlangt, daß die Lebensmittelzufuhr aus Polen sofort eingestellt und eine Lieferung von 40000 Tonnen Getreide aus der diesjährigen Ernte zurückgestellt werde. Außerdem aber wurde die Übergabe von Bergwerken, Fabriken, Industriebetrieben, rollendem Material der Bahnen und anderes verlangt.

Übergabe für den 1. Januar 1919 geplant.

Auf die polnischen Forderungen ist vom deutschen Generalgouvernement geantwortet worden, daß die Übernahme der Verwaltung durch die polnische Staatsregierung von dem Abschluß eines Abkommens abhängig gemacht werden müßte, das im Austausch gegen die Bedarfsartikel, deren Polen benötige, dem Deutschen Reich eine noch zu vereinbarenden Menge von Rohstoffen und Lebensmitteln sichert und das auch die Lage des deutschen Besatzungsheeres, solange die Besatzung dauert, gewährleistet. Die Übergabe der Verwaltung sei für den 1. Januar 1919 vorausgesehen, sie werde nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Darauf ist erneut geantwortet worden, daß die Frage der wirtschaftlichen Verträge zwischen beiden Staaten nicht von der Übergabe der Verwaltung abhängig gemacht werden dürfe. Diese müsse am 15. November d. J. erfolgen. — Die weitere Entwicklung dieses Meinungsaustrausches ist durch den Gang der Ereignisse unterbrochen worden. Es bleibt nun für uns abzuwarten, wer in dem Streit zwischen Regentensrat und Ministerium die Oberhand behalten wird.

## Der neue Krieg in Galizien.

Kriegsstand zwischen Polen und Ukrainern.

Warschau, 6. November.

Die gesamte polnische Presse erklärt, daß Polen gegenüber den Ansprüchen der Ruthenen (Ukrainer) zum Kampfe bereit sei. Die Besetzung Lemberg und Przemyß durch die Ukrainer sei eine freche Herausforderung, die nur mit der Waffe beantwortet werden könne.

Sowohl die Ukrainer als auch die Polen versuchen die deutschen Bewohner Galiziens, die sich neutral verhalten, durch allerhand Versprechungen auf ihre Seite zu ziehen. Militärisch sind gegenwärtig die Ukrainer überlegen, da sie ihre Verbände zusammen haben, während die polnischen Regionen sich zerstreut haben. Man schätzt die ukrainischen Streitkräfte, die gegen Galizien im Anmarsch sind, auf etwa 17 Divisionen. Die Polen sammeln dagegen

In Tarnow und Krakau Heere. Man rechnet mit einem Zusammenstoß der feindlichen Heere auf galizischem Boden und an der polnisch-ukrainischen Grenze.

### Militärische Befegung Deutsch-Böhmens durch die Tschechen.

Die Tschechen beginnen nunmehr, nachdem sie ihren Staat konstituiert haben, mit der militärischen Eroberung Deutsch-Böhmens. Schon in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November trafen plötzlich tschechische Soldaten in dem urdeutschen und durch seine Glasindustrie weltbekannten Haida ein, entwaffneten die dort befindlichen deutsch-österreichischen Truppen, verlogten sie und richteten ein tschechisches Kommando ein. Ebenso verfuhr sie in anderen rein deutschen Industriebezirken. Gleichzeitig wurden in Deutsch-Böhmen Mobilmachungsbefehle angeschlagen, die die Deutsch-Böhmen für Untertanen des tschechischen Volkes erklären und die Deutschen unter Androhung schwerer militärischer Strafen zwingen sollen, sofort in die tschechische Armee einzutreten.

### Die Lage in Wien.

Die Nervosität, die Deutsch-Österreich und Wien in den ersten Tagen der Umwälzung beherstete, hat sich jetzt abgeflacht von gewissen Ausbreitungen in Wien, gelegt. Es sind bedenkliche Vorfälle nicht zu verzeichnen. Dagegen spielen wilde Gerüchte über den Ausbruch von Kriegsgefangenen und dergleichen eine große Rolle, und werden leider von manchen Zeitungsverlegern auch nach Deutschland weitergegeben. Nach den vorliegenden Mitteilungen nimmt die Entwicklung einen durchaus normalen Verlauf, wenn auch naturgemäß der Mangel einer militärischen Organisation Bedenken für die Zukunft Raum gibt. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß mit Erfolg an der möglichst schnellen Aufstellung zuverlässiger Ordnungstruppen in Wien und Deutsch-Österreich gearbeitet wird.

### Ungarn vor der Befegung.

Budapest, 6. November.

Der ungarische Kriegsminister Linder erklärte, es sei wahrscheinlich, daß englische und französische Truppen nach Budapest kommen, doch sei dies eine unnötige Maßnahme des Oberkommandos der Entente, da hier keine Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung benötigt würden. Wenn diese Truppen kämen, dann würden sie nicht als Feinde kommen und könnten nur kurze Zeit hierbleiben. — Die deutschen Militärbehörden haben mittels Schiff Budapest verlassen. Sie führen nach Bassau. In Budapest bleiben nur Zivilbeamte bei der Überwachungsstelle und ein Bahnhofs-Kommando, welche die Aufgabe haben, die von der Balkanfront zurückkehrenden deutschen Soldaten nach ihrer Heimatauf zu befördern. Außer diesen auf dem Durchzug befindlichen deutschen Mannschaften stehen in Ungarn keine deutschen Soldaten mehr.

### Erste Unruhen.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Budapest: Während in Budapest größte Ordnung und Ruhe herrscht, kommen aus der Provinz erste Nachrichten. In vielen Gemeinden der Kleinen Karpathen hat der verheerende Böbel die Behörden weggejagt. Überall wird die Proklamation des slowakischen Nationalrates verbreitet. Aus den Gemeinden an der ungarischen Grenze werden die ungarischen Stuhlrichter und Notare weggejagt. In Südungarn ist es zu Unruhen im Bergwerk Refajsa gekommen.

### Deutschlands diplomatische Vertretung in Ungarn.

Der Budapest deutsche Generalkonsul Graf von Fürstenberg erklärte, daß er mit seinem Personal auch beim Erscheinen der Ententetruppen auf seinem Posten bleiben werde, da sich Ungarn neutral erklärt habe. Eine Rangerehöhung des Budapest deutschen Konsulats zu einer Gesandtschaft ist vorgesehen und wird die Arbeit sehr erleichtern, da bisher sämtliche Meldungen erst an die Botschaft in Wien zu erstatten waren, was eine ungeheure Arbeitslast war.

### Verschiedene Meldungen.

Serajewo, 6. Nov. Bei Entlassung politischer Häftlinge in Bosnien und der Herzegovina sind auch des Nordes an Grabsberg Franz Ferdinand Verdächtige oder Verurteilte entlassen worden.

Büch, 6. Nov. In Trieste sind 3000 amerikanische Marine-Soldaten ausgeschifft worden.

Budapest, 6. Nov. Ministerpräsident Graf Karolyi ist nicht zu Friedensverhandlungen nach Venedig gereist. Der

winterterrat von dem, den Justizminister Monnus Verneken nach Belgrad zu entsenden, wo er mit General Franquet in Verbindung tritt.

Wien, 6. Nov. Die „Graz Tagespost“ meldet: Gestern trafen in Febrind an der ungarischen Grenze reichsdeutsche Soldaten ein, die fast vollkommen nackt waren, da man sie auf der Fahrt durch Ungarn aller Kleider und sogar der Unterwäsche beraubt hatte.

Wien, 6. Nov. Die Nachricht von der bevorstehenden Auflösung des Hofstaates und der Entlassung der Gardien entspricht nicht den Tatsachen.

Basel, 6. Nov. Die Stimmung in Vorarlberg geht dahin, ein selbständiges Verwaltungsgebiet innerhalb Deutsch-Österreich zu schaffen. Für den Anschluß an die Schweiz sind nur wenige Stimmen.

Wien, 6. Nov. Baron Skoda, der Besitzer der weltberühmten Skoda-Geschütz- und Munitionswerke hat sein Unternehmen (in Vösendorf) unter tschechischen Schutz gestellt. Alle deutschen Arbeiter und Beamten müssen entlassen werden.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Dem Vernehmen nach haben mehrere sozialpolitische Vorordnungen des Bundesrats unmittelbar bevor. Darunter befinden sich die Einrichtung einer Erwerbslosenunterstützung, eines Arbeitsnachweises, die Erhöhung der Verdienstgrenze in der Krankenversicherung, die Schaffung von Wohnungsverbänden der Gemeinden und Anordnungen zur wirtschaftlichen Demobilisierung.

Mit einer ernsthaften Warnung vor Unruhen wendet sich ein Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei an alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Die beim kommenden Frieden bevorstehenden politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, die Sicherung der erzielten demokratischen Freiheiten und der Volksernährung können unmöglich gewährleistet werden, wenn alles drunter und drüber geht. Unsere Ziele, sagt der Aufruf, verlieren wir nicht aus dem Auge, von unseren Forderungen geben wir nichts preis! Aber die Mittel wollen wir, solange dies nur irgend möglich ist, so wählen, daß sich die Arbeiterklasse dabei nicht ins eigene Fleisch schneidet. Zum Schluß heißt es: „Es geht um euch und eure Kinder! Darum noch einmal: Wahrt die Einigkeit, die Befolgsamkeit, die Disziplin der Organisation. Keine russischen Zustände, sondern das Ganze geschlossen vorwärts zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!“

Im Landtage gab die neue sächsische Regierung eine programmatische Erklärung über ihre Politik ab. Staatsminister Dr. Heinze sagte dabei, die Möglichkeit, daß ein Minister gegen den Willen des Parlaments dauernd im Amte verbleibe, scheiterte an der Macht der Tatsachen. Entsprechend der Grundlage, auf der die Regierung beruhe, solle das Wahlgesetz zur Zweiten Kammer abgeändert werden, es soll das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zur Einführung gelangen. Neuwahlen würden im nächsten Jahre stattfinden. Auch aus der Ersten Kammer sollen Minister entnommen werden können. Die Erste Kammer müsse grundsätzlich reformiert werden. Die großen Berufsstände sollen ein Anrecht auf Vertretung erhalten. Auch sollen hervorragende Einzelpersonlichkeiten, darunter auch Journalisten, berufen werden können. Zum Schluß sprach der Minister die Hoffnung aus, daß dieser Art der letzte gewesen sein möge.

Rein kommunisten oder nach neuerer Ausdrucksweise bolschewistische Charakter scheinen die Stuttgarter Straßendemonstrationen vom Montag getragen zu haben. In der Versammlung am Schloßplatz hielt der unabhängige Sozialist Rüd eine Ansprache. Er stellte das Verlangen nach der sozialdemokratischen Republik, die Förderung der Abdankung des Kaisers und aller Bundesfürsten. Weiter wurde zum Ausdruck gebracht, daß die neue scheinbare Volksregierung einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte Platz machen müsse. Der Redner teilte mit, daß in Stuttgart ein Arbeitererrat gebildet sei.

Das Telegramm einer Eisäckerversammlung im Straßburger Sängerkreis an Wilson hat folgenden Wortlaut: Herr Präsident! Die am 3. November tagende Versammlung alt-sächsischer Bürger verschiedenster Parteistellungen und Berufsstände stellt sich mit Entschiedenheit auf den Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie von Ihnen formuliert, und bittet Sie mit ihrem ganzen Einfluß dafür einzutreten, daß dem elsah-lothringischen Volke die Ausübung dieses Rechtes restlos gewährleistet wird, weil nur dadurch ein nochmaliger Krieg um Elsh-Lothringen verhindert werden kann.

Dem Vernehmen nach schweben Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Parteistellungen der deutschen Sozialdemokratie. Es sollen innerhalb der führenden sozialdemokratischen Kreise ernsthafte Versuche gemacht werden, die beiden feindlichen Flügel wieder zu vereinen. Es ist zu diesem Zwecke bereits eine Verständigungskommission in Aussicht genommen, in die von beiden Seiten, von der Scheidemann-Gruppe und von der Haase-Gruppe, Vertreter entsandt werden sollen.

### Aus In- und Ausland.

Berlin, 6. Nov. Der „Reichsanzeiger“ meldet die Ernennung des mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatsministers und des Ministers für Handel und Gewerbe beauftragten Verbandsdirektors des Verbandes Groß-Berlin Fischbeck zum Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe.

Berlin, 6. Nov. Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei wird am 16. und 17. November in Berlin zusammentreten.

Königsberg i. Pr., 6. Nov. Oberpräsident v. Patock hielt bei einer Verbessersammlung für die Kriegsanleihe eine Rede, in der er im Namen aller Ostpreußen den Gedanken der Unterstellung auch nur eines Teiles von Ostpreußen unter fremde Herrschaft mit Entrüstung zurückwies.

Cölnburg, 6. Nov. Der Landtag wurde vom Großherzog persönlich eröffnet. In der Thronrede kündigte er folgende Parlamentarisierung an: Es soll ein ständiger Landtagsausschuß als einheitliche Behörde mit der Regierung zusammen über alle wichtigen Staatsangelegenheiten Beschluß fassen.

Schwerin, 6. Nov. Nach einer Bekanntmachung des mecklenburgischen Staatsministers hat der Großherzog den Wunsch geäußert, daß die Arbeiten für die Änderung der Landesverfassung wieder aufgenommen werden sollen. Es wird eine Volksvertretung auf breiter Grundlage gebildet werden, die zweite Kammer soll auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gebildet werden.

Prag, 6. Nov. Der tschecho-slowakische Nationalausschuß schreibt eine Milliarde-Anleihe für den tschecho-slowakischen Staat aus. Die Anleihe ist überwiegend in vier Jahren rückzahlbar. Sie heißt „Anleihe der nationalen Freiheit“.

Stockholm, 6. Nov. „Sozialdemokraten“ meldet: Ausländische Kreise beabsichtigen, Wilson zu ersuchen, man möge die Forderung der Alliierten, über ihre staatsrechtliche Stellung selbst zu bestimmen, beim Friedenskongreß beachten. Bekanntlich wollen die Alliierten den Anschluß an Schweden.

Stockholm, 6. Nov. In Finnland liegen offizielle englische Erklärungen vor, daß die Entente Finnland nicht wieder zum russischen Vasallenstaat machen wolle. Finnland soll bei Friedensschluß das Petschengo-Gebiet bekommen. Die Diskretionsfrage bleibe einstweilen in der Schwabe.

## Der Krieg.

### Schwere Kämpfe an der Maas.

Mitteilungen des Völkischen Telegraphen-Bureaus. Großes Hauptquartier, 6. November.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Infanteriekämpfe in der Schelde-Niederung. Auf dem Schlachtfelde zwischen der Schelde und der Dyle haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Der Feind, der gestern nach härtestem Artilleriefeuer seine Angriffe wieder aufnehmen wollte, stieß auf geräumte Stellungen. Bei seinem weiteren Vorgehen wurde er durch unsere Nachbaten in Einzelkämpfe verwickelt, die im Walde von Normal und südlich von Landrecies größeren Umfang annahm. Der Feind stand am Abend östlich von Bavaai, am Ostrand des Waldes von Normal, östlich von Landrecies und östlich von Guise. Auch zwischen der Dyle und der Maas haben wir größere Bewegungen durchgeführt. Der Gegner ist im Laufe des Tages gefolgt und hat westlich der Maas die allgemeine Linie Marle-Dize le Gros-Echy erreicht. Östlich der Maas standen wir mit ihm nördlich von Le Theune und westlich von Beaumont in Gefechtsführung.

Stärkere Angriffe des Feindes bei Beaumont und Letanne wurden abgewiesen.

Südlich von Dun stieß der Amerikaner unter heftigem Feuer über die Maas und drang in die Waldungen auf den östlichen Waashöhen zwischen Willy und Blossnes ein. Das sächsische Jäger-Regiment Nr. 7 warf den in der Mitte der Kampffront auf Fontaines vordringenden Feind zurück und nahm den Epinoy-Wald wieder. Die Kämpfe fanden auf dem Kamme der östlichen Waashöhen ihren Abschluß.

## Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

37. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sobald die Gräfin zu sprechen begann, verlor der angenehme Eindruck, den sie momentan auf ihn gemacht hatte. Er sah, daß ihre Augen kalt blickten und nicht teilnahmen an ihren liebenswürdigen Worten. Und der spröde, kühle Klang ihrer Stimme weckte seine Antipathie aufs neue. Wie immer hatte er nur das Gefühl, daß sie sich anders gab, als sie war, und daß etwas wie Falschheit in ihrem Wesen lauerte. Das Blicke, Strahlende in ihrer Erscheinung hatte ihn einen Moment getäuscht. Nun sah er, daß es noch dieselbe Gerlinde war, für die sich sein Herz nicht erwärmen konnte.

„Wenn ich dasselbe von dir sagen würde, könnte ich dir vielleicht banal erscheinen. Und davor muß man sich hüten, einer so geistvollen Frau gegenüber. In meinem eigenen Spachs finde ich aber nicht das passende Wort, um dir zu sagen, wie du mich soeben durch dein Aussehen geblendet hast. Ich freue mich jedenfalls, daß du nicht mehr schwarze Kleider trägst. Ich glaube wahrhaftig, schöner als in diesem lichten Weiß kannst du nicht mehr aussehen“, sagte er so artig als es seine Antipathie zuließ.

Sie lächelte — ein kühles, formelles Lächeln. Sein süßlich hatte sie längst bemerkt, daß Henning nicht viel für sie übrig hatte, und es lag nicht in ihrem Charakter, um Sympathie zu werben, wenn es ihr nicht aus einem Grunde erstrebenswert erschien.

„Du hast in Berlin gelernt, Komplimente zu machen, Better.“

„Nur wo sie angebracht erscheinen. Geht es dir, Gerlinde?“

„Danke. Man muß zufrieden sein und sich becheiden lernen.“

„Das klingt für eine schöne Frau viel zu resigniert und ich glaube bei dir nicht an diese Resignation.“

„Warum nicht?“ fragte sie ihn mit blühenden Wangen.

„Er sah sie lächelnd an.“

„Bleib in deinen Augen noch eine hohe Forderung an das Leben liegt.“

„Ei — bist du ein so scharfer Seelenkennner?“ spottete sie lächelnd.

„Er wiegte das Haupt hin und her.“

„Vielleicht sind deine Augen nur zu verräterisch. Sie sind so voll Leben und voll stolzer Energie. Von Resignation ist keine Spur darin.“

„Ei, Better, wie broßig finde ich dich in der Rolle des Menschenkenners.“

Sie lachte scharf und spöttisch auf.

Graf Henning lachte harmlos mit. Er hatte seine Worte ohne jeden Hintergedanken gewählt, so, wie man mit Menschen plaudert, denen man von seinen Innersten nichts zu sagen hat und denen gegenüber man sich mit Phrasen behilft.

„Menschenkennner bin ich sozusagen von Geburt an. Ich bin nämlich ein Sonntagskind und sehe den Menschen bis ins Herz“, scherzte er.

„O — und hörst am Ende gar das Gras wachsen?“ sagte sie scherzend.

„Er lachte wieder, ohne ihren Scherz übel zu nehmen.“

„Das muß ich nächstens mal ausprobieren. Du bringst mich da auf eine gute Idee. Denke mal, wie gut ich mir dabei an dienstfreien Tagen die Zeit vertreiben könnte.“

„Nun, ich wünsche viel Vergnügen zu diesem neuesten Sport. Anstrengend ist er keinesfalls.“

„Danke. Das glaube ich auch nicht. Aber nun will ich dich nicht länger hören. Ich wollte dich nur schnell begrüßen. Auf Wiedersehen also! Rainer sagte mir, daß wir nächst zusammen zu Waldow fahren.“

„So ist es. Bitte sage Rainer, er soll mich rufen lassen, wenn es Zeit ist aufzubrechen.“

„Gern. Auf Wiedersehen also!“

Als er gleich darauf bei seinem Bruder eintrat, sagte er lächelnd: „N. Rainer, Gerlinde möchte eigentlich die schöne Mein-ine heißen.“

„Warum, Henning?“

„Um. Ich habe so das Gefühl, als riesele permanent kaltes Wasser um sie her und fühle die Temperatur erbschlich ab.“

„Das verstehe ich nicht. Dies Gefühl habe ich niemals.“

„Nicht? Und du bist ganz sicher, daß sie nicht in Bollmondnächten als Nixe im Fluß hinter dem Ramburger Schloß herumschwimmt?“

„So? Na vielleicht zeigt sie sich dir in einem andern Blicke. In mir sieht sie vielleicht ein noch unfertiges Gewächs, das reichlich mit laitem Wasser begossen werden muß. Ich soll dir übrigens sagen, du sollst sie rufen lassen, wenn wir aufbrechen.“

„Das soll geschehen. Aber nun komm mein lieber Junge, setze dich zu mir. Willst du einen Jambig?“

„Danke, nein. Ich warte bis zum Souper.“

„Das letztere akzeptiere ich, Rainer. So — nun ist's gemütlich. Herrgott — wenn du wüßtest, wie ich mich nach so einer Stunde mit dir geseht habe, Herzensbruder.“

„Eine Ewigkeit haben wir uns nicht gesehen, Rainer“, sagte Graf Henning.

„Beider. Das dürfte zwischen uns gar nicht möglich sein.“

„Auf Wiedersehen!“

„Er küßte ihr artig die Hand, verneigte sich und ging.“

„Anfing, Henning. Du kannst mir glauben, daß sie ein sehr warmblütiger, liebenswerter Mensch ist.“

„Hast recht! Aber es gibt Zustände! Om! Und — ganz schmerzhaft! Wenn ich nur mit deiner Braut gleich auf einen gemütlichen Standpunkt komme. Denn siehst du, Rainer — bisher stand nie ein Mensch zwischen uns. Josta wird das nun tun. Da bleib mir doch gar nichts anderes übrig, als auch beide mit brüderlicher Liebe zu umfassen. Ich gehe jedenfalls heute mit dem festen Vorsatz ins Ministerhotel, mich knall und Fall und blindlings in deine Braut zu verlieben. Denn sonst sehe ich abseits und gräme mich auf.“

Graf Rainer sagte des Bruders Hand.

„Da bin ich gar nicht bange, Henning. Du und Nosta, ihr müßt aufammenstimmen.“

(Fortsetzung folgt.)

Am dem Kaiser der Nord Schlugen Brandenburgische und sächsische Regimenter erneute Angriffe der Amerikaner auf den Höhen östlich von Story und in dem Walde von Straße ab.

Wir schossen am 4. November 45 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Volle und Leutnant Koennicke errangen ihren 85. Luftflieg. Der Erste Generalquartiermeister Groener.

Fochs gescheiterte Pläne.

Der Schwedische General Nordensvan schreibt in der Stockholm "Allhand" zur Kriegslage: Betrachten wir die Lage, so ist offenbar, daß Marschall Foch seit Anfang Oktober nach dem großartigen Plan arbeitet, durch kräftige Angriffe gegen beide Endpunkte die deutsche Stellung einzuschnüren, und die Deutschen womöglich gefangen zu nehmen, also ein Sedan im großen Stille. Gleichzeitig erstrebt er, die deutsche Stellung an ihrem schwächsten Punkt, einem weit vorstehenden Keil, zu durchbrechen, und durch beiderseitige Aufrollung die Vernichtung zu beschleunigen. Keiner dieser Pläne glückte, oder, besser gesagt, beide mißglückten völlig. Das Kräfteverhältnis scheint jetzt nahezu ausgeglichen. Es kann, je weiter es zum Winter geht, sogar umschlagen.

Weiterführung der Luftangriffe.

Die französische Presse bespricht den deutschen Funkpruch, der den Kriegführenden vorschlägt, sich der Luftangriffe zu enthalten. Der "Matin" äußert sich folgendermaßen: Es wird uns übel, wenn wir dieses Dokument lesen, das die Feigheit des feindlichen Feindes zeigt. Er wird nun für seine Mißtaten gezüchtigt, für seine Beschuldigungen der offenen französischen Städte und der friedlichen Städte in England mit den Hunderten von Opfern an Frauen und Kindern. Jetzt, wo die siegreichen Alliierten zu ihnen kommen, zittern die Banditen vor den Folgen ihrer Taten. Das deutsche Anerbieten wird zurückgewiesen und jeder neue Angriff mit hundertfachen Zinsen zurückgegeben.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Nach zuverlässigen Meldungen wird das Verhalten der Franzosen gegenüber deutschen Kriegsgefangenen immer barbarischer und grausamer, obwohl Frankreich sich in den Berner Vereinbarungen zu menschlicher Behandlung der Kriegsgefangenen verpflichtet hat. Noch immer werden die Deutschen bei der Gefangennahme beraubt und verbleiben zunächst mehrere Wochen im Stoppengebiet, wo sie unter freiem Himmel liegen und keinerlei Fürsorge erfahren. Das französische Veronal schlägt und beschimpft sie. Nur die schon in den Lagern anwesenden Kameraden helfen ihnen nach ihren schwachen Kräften. Gegen diese nichtswürdigen Verletzungen des Völkerrechtes ist energischer Protest eingelegt worden. Ferner ist die Schweizerische Gesandtschaft in Paris ersucht, die Verhältnisse in den Eichungslagern sofort durch Delegierte prüfen zu lassen und bei der französischen Regierung nachdrücklich auf Abhilfe zu dringen.

Kleine Kriegspost.

Bern, 6. Nov. Die vom schweizerischen Bundesrat eingesetzte Kommission für den Völkerverbund hält zurzeit in Bern behändigt Sitzungen ab, die der Ausarbeitung einer Verfassung für den Völkerverbund gelten. Prag, 6. Nov. Zwischen Moskau und Montenegro sind über 100000 österreichisch-ungarische Soldaten versprengt, die auf den Transport in die Heimat warten. Christiana, 6. Nov. Die Friedensausrichter haben eine starke Nachfrage nach Tonnage hervorgerufen. Die von England, Frankreich, Holland und Dänemark kommenden angebotenen Frachttarife sind außerordentlich hoch.

Vom Tage.

Die Borgänge in Kiel und Hamburg.

Berlin, 6. Nov. (WTB) Abends. Ueber die Lage in Kiel erfährt man von zuständiger Stelle folgendes: Der militärische Schutz der Dösee durch die Marine ist lückenlos hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegslage. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgekehrt. Die Mannschaften der Marine bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es folgt allmählich eine allgemeine Abgabe der Waffen. Privathäuser und Geschäfte haben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbeschädigt. Die Banken sind fast alle in Betrieb. Die Verpflegung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung ist bisher nicht gestört. Die Betriebe sind noch im Ausstand. Die Bevölkerung ist ruhig.

Berlin, 6. Nov. (WTB) In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinlosigkeiten und gewalttätigen Übergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Ausschreitungen in einigen Werken ist Privatigentum nicht beschädigt oder angegriffen worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

Berlin, 6. Nov. Reichstagsabgeordneter Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, der den Wahlkreis Kiel im Reichstage vertritt, ist heute dahin abgefahren. Er war bisher durch dringende Vorarbeiten für die Demobilisation in Berlin festgehalten. Auch der Abgeordnete Hermann Müller, Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, hat sich

Deutschland und der Tschechenstaat.

Berlin, 6. Nov. Die Meldung von einer Anerkennung des tschecho-slowakischen Staates durch die deutsche Regierung ist dem Vernehmen nach dahin einzuschränken, daß bis jetzt kein Schritt des deutschen Generalkonsulats in Prag vorliegt, dem eine amtliche Anerkennung seitens der Berliner Regierung alsbald folgen dürfte.

Sicherung der süddeutschen Grenzen.

München, 6. Nov. Der bayerische Kriegsminister sagt in einem Erlaß an die Bevölkerung, daß kein Anlaß zur Verunsicherung sei. Vorkehrungen zum Schutze der Heimat seien getroffen und weiter im Gange.

Das neue württembergische Ministerium.

Stuttgart, 6. Nov. In den allerersten Tagen soll die Parlamentarisierung in Württemberg in Angriff genommen werden. Für den zurücktretenden Ministerpräsidenten v. Weizsäcker wird der volksparteiliche Reichs- und Landtagsabgeordnete Dieckhoff, der derzeitige Leiter des Reichsamts für die Übergangswirtschaft in Berlin, für den zurücktretenden Kultus-

mittler der nationallib. Landtagsabgeordnete Dr. v. Gieseler und für den zurücktretenden Justizminister der Führer der württembergischen Zentrumspartei, Vizepräsident der zweiten Kammer, Generalstaatsanwalt Dr. v. Kiene ernannt. Die Sozialdemokratie wird in einem neu zu errichtenden Arbeitsministerium durch den Reichs- und Landtagsabgeordneten Reil vertreten sein.

Dr. Koerber deutsch-österreichischer Gesandter in Berlin.

Wien, 6. Nov. Der frühere österreichische Ministerpräsident Dr. Koerber ist für den Posten eines Gesandten Deutsch-Österreichs in Berlin angetreten.

Deutschlands Armee ein Vorbild für Alle.

Osag, 6. Nov. Der militärische Mitarbeiter des "New York Courant" schreibt: Deutschland steht jetzt allein. Der mächtige Kämpfer, der vor allen anderen der befehlende Führer in dem großen Kampfe gegen eine immer mächtigere Allianz war, bleibt von seinen Schwaden Verbündeten verlassen, gegenüber einer Welt von Feinden allein zurück; das ist eine erregende Tragik. Die stärkste und feigste Armee, die deutsche Armee, steht noch. Sie bildet ein Vorbild für Alle, sie steht allein wie ein homerischer Kämpfer gegen die Überzahl des Feindes.

Graf Wedel bei Staatssekretär Dr. Adler.

Wien, 6. Nov. Der deutsche Vorkämpfer Graf Wedel stattete dem Staatssekretär für Aussen Dr. Adler einen Besuch ab und teilte ihm mit, daß die deutsche Regierung die Konstitution der deutsch-österreichischen Regierung zur Kenntnis genommen habe. Staatssekretär Adler erklärte, die deutsch-österreichische Regierung werde mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den erforderlichen Schutz der in Deutsch-Österreich weilenden Reichsdeutschen sich angelegen sein lassen.

Die tschechische Republik.

Prag, 6. Nov. Die tschechisch-slowakischen Verhandlungen in Genf sind beendet. Es wurde beschlossen, eine Republik mit dem Präsidenten Masarik an der Spitze zu errichten. Kramarcz soll Ministerpräsident werden. Nach Prag soll sofort eine tschechische Nationalversammlung zur Konstituierung der Genfer Vereinbarungen einberufen werden.

Alle tschechischen Ansprüche finden Erfüllung.

Prag, 6. Nov. Die tschechischen Delegierten sind aus der Schweiz zurückgekehrt. Kramarcz erklärte, daß alle tschechischen Forderungen Erfüllung finden würden.

Trient in Flammen.

Trient, 6. Nov. Mehrere Meldungen besagen, daß ein Teil der Stadt Trient in Flammen stehe.

Wilson's Einfluss auf den Frieden.

Osag, 6. Nov. Nach Meldungen aus Newport erklärte Senator Lodge in einer Volksversammlung, daß Wilson auf die Waffenstillstandsverhandlungen seinen Einfluss habe, da gegenwärtig bei den Friedensverhandlungen Wilsons Ideen maßgebend sein und zur schnellen Durchführung gedrückt werden.

Amerika als ehrlicher Makler?

Basel, 6. Nov. Laut einer Meldung, die die Baseler Nationalzeitung von ausgezeichnete unterrichteter Seite erhalten haben will, scheinen die Vereinigten Staaten bei Festsetzung der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen die Rolle eines ehrlichen Vermittlers zu spielen, sie wollen nach dem Kriege mit Deutschland in gutem Einvernehmen leben. Dies schließt demütigende Bedingungen aus, da das deutsche Volk am Kriege unschuldig sei. Die amerikanischen Vertreter verfolgen das Programm des Präsidenten Wilson, mit dem eine Annexion der Pfalz nicht vereinbar sei, das aber die Rückkehr Elsas-Lotharingens zu Frankreich in sich schließt. Bei der Entscheidung dürften gewisse Grenzen nicht überschritten werden. Die deutschen Aufmarschgebiete links des Rheines und die Brückenköpfe sollen während des Waffenstillstandes von Amerikanern besetzt werden.

Clemenceau über den Waffenstillstand.

Genf, 6. Nov. In der Kammer führte Clemenceau aus der Oberen Kriegsrat in Versailles habe seine Arbeiten beendet und den Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland festgelegt. Das Dokument sei vor den gleichen Empfindungen eingegeben worden, die bereits bei der Abfassung der anderen Waffenstillstandsbedingungen maßgebend waren. Clemenceau teilte weiter mit, daß der Zweck der Waffenstillstandsbedingungen sei, der Feind bereit zu erweichen, daß er die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen könne.

Rumänische Tätigkeit in Siebenbürgen.

Budapest, 6. Nov. Am Sonntag hat sich in Klausenburg ein siebenbürgischer und ein rumänischer Nationalrat gebildet. Die siebenbürgischen Rumänen sollen eigene Truppen unter der Führung rumänischer Offiziere mit rumänischer Flagge und Kommandosprache bilden. Diese Soldaten werden nun dem rumänischen Nationalrat den Treueid leisten.

Volks- und Kriegswirtschaft.

\* Neugeplante Schuh- und Ledermesse in Leipzig. Im Herbst 1913 wurde im Anschluß an die damalige Leipziger Rüstlermesse eine Schuh- und Ledermesse veranstaltet. Sie umfaßte außer Leder und fertigen Schuhwaren noch Schuh- und Ledermaschinen, Apparate, Werkzeuge, und Leisten, Gamaschen und Sportartikel, sowie Bedarf aller Art für das Schuh- und Ledergewerbe. Ihrer Wiederholung im Jahre 1914 stellte sich der Ausbruch des Krieges entgegen. Der Verein Deutsche Schuh- und Ledermesse, der schon die erste Messe veranstaltet hatte, hat sich nun mit dem Reichamt dahin verständigt, daß die Schuh- und Ledermesse vom Frühjahr 1919 ab wiederhergestellt wird.

\* Kommunales Jugendamt. Der Magistrat der Stadt Wilmersdorf hat beschlossen, die Einrichtungen für die Jugendfürsorge zur vollen Entfaltung und Ausnützung ihrer Kräfte und Ziele durch Errichtung eines Jugendamtes einen umfassenden seitens Zusammenfassung zu geben. Die Geschäfte des Jugendamtes sollen durch eine Deputation verwaltet werden, die aus zwei Magistratsmitgliedern, neun Stadtverordneten und vier Bürgerdeputierten besteht. Der Deputation sollen ferner zwei Frauen mit beratender Stimme beigeordnet werden.

\* Schwerbeschädigte in der Industrie. Nach sorgfältiger Schätzung hat sich für den 1. Juli 1918 ergeben, daß in ganz Deutschland mit etwa 100 000 bereits entlassenen Schwerbeschädigten zu rechnen ist und daß sich unter diesen etwa 60 000 Industriearbeiter befinden. Da nun in Deutschland insgesamt nur mindestens 8 Millionen männliche und weibliche Industriearbeiter vorhanden sind, so ergibt sich, daß im Durchschnitt auf 180 gesunde Arbeitskräfte ein schwerbeschädigter Industriearbeiter entfällt.

\* Nichtpreis für Nohtabak. Der Bundesrat hat die Nichtpreis für inländischen Nohtabak aus der Ernte 1918 mit sofortiger Wirkung festgelegt. Die Weisse bewegen sich gegenüber den für gleichen Tabak aus den Ernten der beiden Vorjahre maßgebenden Sätzen in beträchtlich höheren Grenzen. Es soll damit der im Laufe der Zeit eingetretenen Verteuerung der Erzeugungskosten und berechtigten Wünschen der Tabakpflanzer Rechnung getragen werden.

\* Keine Bezugscheine auf Bedarf von Ausländern. Die Notwendigkeit, alle Nahrungs- und Stoffbestände für den Bedarf der inländischen Bevölkerung sicherzustellen, verbietet es, Bezugscheine für Ausländer, auch Angehörige verbündeter Staaten, auszustellen, die ausländischen Bedarf im Inlande einzukaufen und die auf die Scheine zu erwerbenden Waren nach dem Auslande ausführen wollen. Derartige Anträge sind von den Bezugsstellen ausnahmslos abzulehnen.

\* Nassauische Krüppelfürsorge. Unter diesem Namen wird der seitliche "Verein Kinderheim E. B." durch Beschluß einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 31. Oktober ds. Js. im Landeshaus zu Wiesbaden seine überaus segensreiche Tätigkeit weiter entfalten. Bekanntlich besitzt der Verein auf der Adolfshöhe ein 17 Morgen großes Grundstück zur Errichtung einer eigenen Anstalt, die der Aufnahme und Behandlung einer großen Zahl Verkrüppelter dienen soll. Das als vorübergehende Einrichtung gepachtete Anwesen reicht bei den heutigen Ansprüchen, die an den Verein gestellt werden, bei weitem nicht mehr aus und es wäre zu wünschen, wenn sich viele Gönner aus allen Kreisen den edlen Bestrebungen der Nassauischen Krüppelfürsorge anschließen würden. Zu Auskünften ist die Geschäftsstelle des Vereins, Wiesbaden, Launusstraße 77, jederzeit gerne bereit.

Laasphe. Die in den letzten Jahren im Kreise Wittgenstein erfreulich aufblühende Schafzucht ist von einer ersten Gefahr bedroht. Durch den Ankauf fremder Schafe aus verjudeten Gegenden wurde die Räude eingeschleppt.

Fröndenberg. Eine traurige Heimkehr hatte der Metzgermeister D. von hier, der vor einigen Tagen als Austauschgefangener nach mehrjähriger Abwesenheit aus der Kriegsgefangenenhaft heimkehrte. Als er sein Haus betrat, kam er in ein Trauerhaus, da seine Frau wenige Stunden vorher an der Grippe gestorben war.

Oberlahnstein. Beim leichtfertigen Hantieren mit einem Revolver erschoss der Arbeiter Wilhelm Zimmerchied seine junge Frau. Die Kugel drang durch den Arm in das Herz und führte den sofortigen Tod herbei.

Bad Homburg v. d. H. Die am 1. Oktober nach vierjähriger Ruhepause wieder eröffnete Strecke der Vöderbahn von Homburg nach Höchst a. M. durch vier Personenzüge täglich in jeder Richtung wird von Reisenden so wenig benutzt, daß sich die Fahrten kaum lohnen. Die Frankfurter Eisenbahndirektion wird deshalb, wenn die Benutzung dieser Züge nicht besser wird, die Fahrten wieder einstellen lassen.

Hochheim a. M. Vermutlich unter der Einwirkung des Federweizens entstand am Schluß des Marktes auf dem Bahnhof zwischen Bauern und Frankfurter Händlern ein blutiger Zusammenstoß, bei dem die Frankfurter den kürzeren zogen.

Frankfurt a. M. Auf Anordnung des stellv. Generalkommandos des 18. A.-K. ist für die Orte Bad Homburg, Kronberg, Königstein, Soben, Bad Nauheim und Friedberg die verschärfte Meldepflicht eingeführt worden.

Biebrich. Oberbürgermeister Bogt wurde zum Geheimen Regierungsrat ernannt.

Aus Rheinheffen. Das Ergebnis dieses Herbstes war im allgemeinen einem Mittelertrag gleich. Dabei gab es freilich auch Bemerkungen und Lagen mit darüber hinausreichenden Erträgen bis zu einem vollen Herbst. Die Güte steht ebenfalls auf der Mitteltstufe und übersteigt diese bei den besseren und besten Gewächsen wie auch den Auslesen. Verkauft wurden vereinzelt: 1918er zu 2500-3000-3500 Mark das Stück. Man kann den 1918er hinsichtlich der Güte als über dem 1917er stehend bezeichnen, dabei steht er aber weit hinter dem 1917er zurück. Der Most wurde zum großen Teile eingekellert, denn es fehlte an der Nachfrage.

Man sagt.... Wir durchleben unsere Tage in härtester Spannung des Geistes und gerade solche Verfassung unseres Innerebens ist der günstigste Boden für Gerüchte. Was ist in diesem Kriege hinter der Front nicht schon alles gemunkelt, gerumelt, als "sicher" berichtet und als "nur aus besser Quelle stammend" weitergegeben worden! Und niemals traf es zu. Aber die Unbelehrbaren glauben immer wieder all und jeden Gwatterflatsch. Wenn sie sich endlich einmal davon überzeugen wollten, wie gefährlich für jeden einzelnen und damit natürlich für die Gesamtheit dieser blinde Glaube an alle Gerüchte ist. Dabei ist das seltsamste, daß nur solche Erzählungen verbreitet werden und Glauben finden, die die Dinge schwarz in schwarz malen, niemals aber ein Wort oder eine Mitteilung, die ein wenig Licht über Gegenwart und Zukunft breiten könnten. Wir bedürfen in diesem Winter mehr denn je unserer ganzen moralischen Kraft. Sammeln wir sie, lassen wir sie uns nicht vermindern durch läbliche Gerüchtemacherei, die einst das Vorrecht des Kaffeekränzchens war. Wir wollen mit besten Augen und klaren Sinnen der Zukunft entgegengehen, unsern Willen auf die Aufgabe der Zeit gerichtet und unbefümmert um das, was "man sagt".

Aus Gram um das Vaterland in den Tod. Einen erschütternden Eindruck macht eine in den Braunschweiger Neuesten Nachrichten veröffentlichte Todesanzeige. Danach ist in tiefster Trauer und Verzweiflung über die seinem deutschen Vaterlande angetane Schmach der königliche Generalleutnant s. D. Gustav Alsborn, E. R. 1 und E. R. 2 1870/71, R. D. 4 m. Schw. 1896, in Goslar a. S. in seiner Wohnung am Fuße des Bismarck-Standbildes im 82. Lebensjahre in den Tod gegangen.

Postsendungen nach Kroatien. Die ungarische Post- und Telegraphenverwaltung ist nicht mehr in der Lage, für Postsendungen und Telegramme nach Kroatien und Slavonien eine Gewähr zu übernehmen. Derartige Sendungen werden daher von deutschen Postanstalten nur noch auf Gefahr des Abfinders zur Beförderung angenommen.

Der Begründer des Deutschen Kriegerbundes in Nordamerika, Richard Müller, ist in Newport gestorben. Müller war lange Jahre hindurch Präsident des Deutschen Kriegerbundes in den Vereinigten Staaten und zuletzt Ehrenpräsident des Bundes. Müller war auch in den Kreisen der Kriegervereine sehr bekannt und zahlreiche Krieger- und Militärvereine seiner Heimat hatten ihn zum Ehrenmitgliede ernannt.

Das erste Krematorium Österreichs. In Reichenberg in Deutsch-Böhmen ist das seit einem Jahre fertiggestellte Krematorium als erstes in ganz Österreich eröffnet worden.

Schlechte Bilanz in Karlsbad. Der Besuch an Badegästen blieb auch in diesem Jahre hinter den Erwartungen zurück; ihre Zahl betrug bis Ende September 20 222 gegenüber einer Friedensdurchschnittszahl von 70 000. Der Ausfall an vorübergehenden Fremden bis zu achtzigem Aufenthalt wird auf eine Million, der bisherige Gesamtverlust an Einnahmen während des Krieges auf 250 Millionen Kronen geschätzt.

Befristete Wohltätigkeit. Der Straßenbettel hat in der spanischen Hauptstadt Madrid einen derartigen Umfang angenommen, daß der Bürgermeister Sinuela sich zu einer eigenartigen Maßregel gezwungen sah. Er erließ nämlich eine Verordnung, wonach jeder, der einem Straßenbettel ein Almosen verabreicht, mit zwei Vefetas Strafe belegt werde.

Das Metermaß in Rußland. Bis 1922 soll das metrische System in Rußland durchgeführt sein. Die Frist ist so lang bemessen worden, weil eine völlige Umwandlung des gesamten Maß- und Gewichtssystems mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist und sich erst ganz allmählich durchsetzen kann.

Amerika ohne Bier. Die amerikanischen Brauereien müssen am 1. Dezember geschlossen werden. Dadurch werden in Amerika 100 Millionen Tonnen Kohlen gespart, denn auch in Amerika droht bei Fortführung des Krieges in diesem Winter Kohlenmangel.

Die bestohlene deutsche Vorkasse in Peking. In Soerabaya (Batavia) wurden sieben Matrosen gefangen genommen, die beschuldigt waren, im Oktober vorigen Jahres aus dem Gebäude der deutschen Gesandtschaft in Peking 60 000 Dollar gestohlen zu haben. Die Matrosen, so bemerkt das Amsterdamer Handelsblatt, dürften zur holländischen Gesandtschaftswache in Peking gehören, die seinerzeit mit der Vertretung der deutschen Interessen in China beauftragt war.

Berufung eines Dentmals in Budapest. Einige Arbeiter haben mit Zustimmung des Nationalrats die in der Budapestener Rabettenschule untergebrachte über 400 Doppelzentner wiegende Kupferstatue des Generals Senft, welche den Sieg Österreichs über Ungarn im Jahre 1849 verkörpernd und früher vor der Königsburg stand, vollkommen zerstört.

## Letzte Nachrichten.

### Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.)  
7. November 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.  
Nordöstlich von Ludenarde stießen Franzosen über die Schelde. Im Gegenangriff warfen wir sie zurück. Zwischen Schelde und Duse suchte der Feind die planmäßige Fortführung unserer am 4. 11. eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt dieser Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes, südlich der nach Mons führenden Straße bei Bavai und bei Aulnoye an der Sambre. In schwerem, wechselvollem Kampfe hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Der Feind stand am Abend bei Dusevain am Westrande von Bavai—östlich von Aulnoye—westlich von La Capelle.

Zwischen der Duse und der Aisne hat der Gegner die Linie Servins—Rozoy erreicht. Beiderseits von Rehel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Wassigny—Novion—Porcien und nördlich von Tournai. Zwischen Aisne und Maas folgte er bis Vendresse und Nouzon.

Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich von Dun zu erweitern. Wir brachten den Feind an den Waldungen östlich von Mursvaug und Fontaine zum Stehen. Östlich von Sivry hat die bewährte brandenburgische 228. Inf.-Division ihre Stellungen voll behauptet.

Der Erste Generalquartiermeister: Gröner.

### Berliner Pressestimmen zur neuen Note Wilsons.

Berlin, 7. Nov. (U) „Kreuzzeitung“: Darüber müssen wir uns klar sein: Deutschland ist besiegt, Deutschland wird einen Unterwerfungsfrieden annehmen, sein Schicksal ist besiegelt. Wir gedenken heute voll tiefer Trauer aller der Helden, die der Rufen deckt, die umsonst geblutet haben.

„Deutsche Tageszeitung“: Die Note stellt fest, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt, sondern wiederhergestellt werden müssen. Wenn die deutsche Regierung den Grundsat des Präsidenten so versteht und annimmt, so gibt sie zu, daß Deutschland der Angreifer gewesen ist, denn offenbar leitete die Lansingnote den Anspruch auf derartige unbegrenzte Entschädigungen aus der Voraussetzung ab, daß das Deutsche Reich der Angreifer gewesen sei.

„Tägliche Rundschau“: Jede neue Note Wilsons vernichtet einige der Illusionen, mit denen bei uns sein Friedenswerk begleitet wurde. Er wird immer aufrechter, und seine Aufrichtigkeit bedeutet stets verschärfte Bedingungen für uns und Zerstörung von Hoffnungen, die man auf Grund der 14 Punkte da und dort noch hegte.

„Deutsche Zeitung“: Jene Stunde des Herrn Erzberger hat geschlagen. Wir sind gespannt, ob er sein Wort wahr machen kann, oder vielmehr wir sind nicht gespannt. Wenn es auch länger als eine Stunde dauern wird, den Frieden bringt er uns, das heißt den Wilsonsfrieden der restlosen Kapitulation des deutschen Volkes.

„Post“: Leider haben Wilsons verbündete Regierungen, die Engländer und Franzosen schon einige Abstriche gemacht, die nichts Gutes für die Zukunft erwarten lassen.

„Lokalanzeiger“: Ausgabe unserer Friedensunterhändler wird es sein, in erster Reihe daraufhin zu arbeiten, daß das Wilsonsche Programm auch in denjenigen Punkten, in denen seine Verbündeten schon jetzt von ihm entfernt sind, nach Möglichkeit zur Anerkennung gelangt.

„Vorwärts“: Der Letzte Schuß im Weltkriege wird wohl in dieser Woche noch verhallen. Die deutsche Regierung hält Wort: sie macht Frieden. Dieser Friede wird hart sein für das deutsche Volk, wie die Note Wilsons zeigt, aber er ist notwendig geworden, nachdem die wahnsinnige Welt-politik der früheren Mächte elend zusammengebrochen ist.

„Morgenpost“: Wer nicht zum Verbrecher an seinem Volke werden will, der raffe sich jetzt auf zu dem stillen und festen Entschluß, aufzubauen zu helfen, was verwüstet ist und weitere Verwüstungen zu verhindern.

„Berliner Tageblatt“: Das deutsche Volk hat es nicht als eine Schmach zu empfinden, wenn es nach soviel Taten und Entbehrungen, während seine Front noch heldenhaft Widerstand leistet, auf eine Fortsetzung des Kampfes, den es allein gegen die Welt führen muß, in ruhiger Ueberlegung verzichtet und seine Kräfte für neue Arbeit erhalten will.

„Bosnische Zeitung“: Die erheblichen Einschränkungen, mit denen sich die Verbündeten die Grundsätze Wilsons zu eigen machen, ändern im ganzen doch nichts an der Tatsache, daß namentlich beide kriegführenden Parteien sich in den meisten wesentlichen Punkten auf ein einheitliches Friedensprogramm zum mindestens theoretisch geeinigt haben.

„Volkszeitung“: Aus der Friedenskonferenz wird uns vielleicht noch manche herbe Enttäuschung werden, aber es ist genug, daß jeder Tag seine eigenen Sorgen hat. Jetzt stehen wir vor einem unabänderlichen Entschluß: Wir müssen den Frieden abschließen, der unter den jetzigen Verhältnissen erreichbar ist.

### Der Entschluß der Sozialdemokraten.

Berlin, 7. Nov. (U) Der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie haben in mehrstündiger Sitzung die Gesamtlage durchberaten und einstimmig folgende Resolution gefaßt: Fraktion und Parteileitung fordern, daß der Waffenstillstand ohne jede Verzögerung durchgeführt werde. Fraktion und Parteiausschuß fordern die Amnestie für alle militärischen Vergehen und Straffreiheit der Mannschaften, die sich gegen die Disziplin vergangen haben. Sie fordern unverzüglich die Demokratisierung der Regierung, sowie der Verwaltung Preußens und der anderen Bundesstaaten. Die Fraktion und der Parteiausschuß beauftragen die Parteileitung, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die Fraktion und der Parteiausschuß den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage fordern.

### Entschädigung in Naturalien.

Genf, 7. Nov. (U) Der „Matin“ meldet: Oberst Houze übermittelte in der Nacht von Montag auf Dienstag um 3 Uhr den chiffrierten Text an Wilson, sodas dieser davon im Laufe des Dienstag Kenntnis nahm. — Die „Morningpost“ erfährt, daß die Alliierten Deutschland den Vorschlag machen, es möge einen Teil der Kriegsentchädigung in Naturalien entrichten. Die Kohlenbergwerke Westfalens und der Rheinprovinz sollen ihre Produkte nach Italien schicken. Eine militärische Besetzung feindlichen Gebietes soll die Ausführung der eingegangenen Verpflichtungen garantieren.

### Ein Zwischenfall in Versailles.

Genf, 7. Nov. (U) In einer der letzten Sitzungen des Kriegsrates in Versailles ereignete sich ein charakteristischer Zwischenfall. Bei der lebhaften Beratung wies Oberst Houze darauf hin, daß die Entente ohne die Hilfe Amerikas nicht in der Lage sei, den Sieg zu sichern. Selbst unter den jetzigen Umständen kann die deutsche Armee, wenn sie es nur mit Frankreich zu tun hätte, die französische Armee in einigen Wochen zerschmettern. Darauf erwiderte der Vertreter Frankreichs, die Lage habe sich durch die Kapitulation Österreichs insofern geändert, als die Entente nicht mehr auf Amerika angewiesen sei, da Italien die Möglichkeit einer Aktion gegen Deutschland habe. Dieser Zwischenfall wird lebhaft besprochen.

### Gegen die Bolschewiki-Regierung.

Genf, 7. Nov. (U) In Paris, London und Washington mißt man der gegen die Bolschewiki-Regierung gerichteten Haltung Deutschlands, die mit den Tendenzen der Entente übereinstimmt, große Bedeutung zu, da es möglich ist, daß die Entente und Deutschland eine Vereinbarung träfen, sich bei der Wiederherstellung geordneter Zustände in Rußland einander nicht zu hindern. Viel komme auf Deutschlands Verhalten bei den unmittelbar bevorstehenden Operationen der Entente im Schwarzen Meere an. — Eine Abänderung der deutsch-rumänischen Verträge zu Rumaniens Gunsten sei unabweisbar.

### Ein großserbisches Königreich.

Genf, 7. Nov. (U) Nachdem der serbische Ministerpräsident Pasitsch hier angekommen ist, werden die Besprechungen mit den tschecho-slovakischen und südslawischen Delegierten beginnen. Der „Suisse“ zufolge handelt es sich zunächst in diesen Konferenzen um einen Gedankenaustausch unter den Delegierten über die Vereinigung aller südslawischen Länder nach der Deklaration von Korfu vom 20. Juli 1917.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Wed.

### Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Die Auszahlung der Reichs-Familienunterstützungen erfolgt im November 1918  
Freitag, den 8., 15., 22. und 29.,  
vormittags 8 $\frac{1}{2}$ —12 $\frac{1}{2}$ , nachmittags 3—4 Uhr. An anderen Tagen wird nichts gezahlt.  
Herborn, den 4. November 1918  
Die Stadtkasse.

### Regelung der Fleischversorgung.

Das für diese Woche zugewiesene Fleisch wird am Samstag, den 9. November, nachmittags von 1—5 Uhr durch die hiesigen Metzger verkauft.

Verkauf von Fleisch außer der oben angegebenen Zeit ist verboten. Der Verkauf findet nur gegen Vorlage der Fleischkarte statt, von welcher von den Metzgern die Marken abzutrennen sind.

Ueber alles Fleisch und Fleischwaren, welche bis 5 Uhr nicht abgeholt sind, wird anderweitig verfügt.

Die Höchstpreise sind:  
Kalbfleisch . . . das Pfund 1,70 M.  
Rindfleisch . . . das Pfund 2,40 M.

Herborn, den 7. November 1918.  
Der Bürgermeister: Birkenbach.

Die Staats- und Gemeindesteuer und das Schulgeld für das 3. Vierteljahr, sowie die Hundesteuer für das 2. Halbjahr 1918 sind bis 15. ds. Mts. fällig und spätestens bis zu diesem Tage hierher einzuzahlen.

Zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs wolle man möglichst die Zahlungen auf unser Postcheckkonto 4965, Frankfurt a. M. oder unsere Bankkonten bei der Landesbankstelle Herborn, der Bank für Handel und Industrie, Agentur Herborn und der Volksbank zu Herborn bewirken.

Bei Barzahlung an der Kasse (nur vormittags von 8 $\frac{1}{2}$  bis 12 $\frac{1}{2}$  Uhr) ist das Geld abgezählt mitzubringen.  
Herborn, den 5. November 1918.  
Die Stadtkasse.

## Bekanntmachung.

Freitag, den 8. November ds. Js. kommt die 2. Rate der evang. Kirchensteuer in dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten zur Erhebung.

Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wird gebeten, die Kirchensteuer durch Bank oder Postcheck auf das Konto Nr. 608 der Nass. Landesbank bei dem Postcheckamt in Frankfurt für unser Konto Nr. 35 bei der Landesbankstelle, hier, überweisen zu wollen.

Herborn, den 1. November 1918.  
Müller, Kirchenrechner.

## Schweizerinnen

suchen

Gebr. Achenbach,  
Weidenau-Sieg.

## Schlachtpferde

zu den höchsten Tagespreisen. Unfälle werden schnell erledigt. Zahle hohe Prov. für Vermittelung.

J. Schwarz, Siegen,  
Leystraße 3. Telefon 361.

## Wer tauscht

größere Wohnung gegen kleinere 3-Zimmer-Wohnung ein? Angebote unt. H. 30 an d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Carbid

auf Carbidarten zu haben bei Frau Ludw. Schäffer Wwe., Hauptstr. 16.

## Deutsche Riesenschek-Zuchthäsin

zu verkaufen oder auf Geflügel zu tauschen. Wo? sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgang unseres teuren Kindes sagen  
herzlichen Dank.

Familie Hermann Meckel.

Herborn, 6. November 1918.

### Lodes-Anzeige.

Gestern abend 9 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

## Frau Anna Mez

geb. Philipp

im Alter von 46 Jahren.

Burg, den 7. November 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
Karl Mez.

Die Beerdigung findet Samstag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr statt.